

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: die Beilage oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Mai und Juni für die einmal täglich erscheinende Pommerische Zeitung mit 67 Pf., für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.
Die Redaktion.

E. L. Berlin, 27. April.

Deutscher Reichstag.

78. Plenar-Sitzung vom 27. April, 1 Uhr.

Das Haus erledigt einige Rechnungssachen, verlegt die Genehmigung zur Straßeneröffnung des Abg. Sigl und legt sodann die erste Beratung der Novelle zum Branntweinsteuergesetz fort.
Abg. Graf Solberg-Wernigerode (bei keiner Fraktion): Ich habe ich, daß unter dem gegenwärtigen Gesetz Kartoffelbau und Brennerei stark zurückgegangen sind. Dem wird im Allgemeinen durch die gegenwärtige Vorlage abgeholfen werden. Redner erklärt sich jedoch einverstanden mit der erhöhten Belastung der Melassebrennereien und auch mit den höheren Ausfuhrprämien. Die Melassebrennerei für diese Prämien werde zweifelsfrei durch die Brennerei aufgebracht werden. Eventuell würde es sich empfehlen, den Bundesrat zu ermächtigen, die Ausfuhrprämien nach Bedarf zu erhöhen oder zu erniedern. Sei es nicht möglich, auf einmal der ganzen Landwirtschaft zu helfen, so müsse man eben damit vorgehen, die Hilfe wenigstens einigen Zweigen der Landwirtschaft zu Theil werden zu lassen. Jedenfalls erstreckte sich die Hilfe, welche dieses Gesetz bringe, nicht nur auf die großen Brenner, sondern auch auf die kleinen Landwirthe. Schließlich habe er den Wunsch auszusprechen, daß die Entscheidung über die Vorlage möglichst beschleunigt werde, um der bestehenden Bedrängnis ein Ende zu machen.

Abg. Richter (frk. Bp.): Wohlwollen für die Landwirtschaft haben wir wohl Alle. Hier entsteht nur die Frage: wem wir gegeben, und wem wir genommen? Und da muß die Antwort lauten: den Konsumenten und der Reichskasse wird genommen, um den Großbrennern zu geben? Zu bezweifeln ist auch nicht, daß der Konsum an Branntwein abnehmen muß, wenn Sie den Verkaufspreis verteuern. Das ganze Gesetz hat den Zweck: die Einnahme zu vermindern und die Ausgaben zu erhöhen! Sie zünden also die Kerze, insofern es sich um die Folgen des Gesetzes für das Reich handelt, an zwei Enden an! Um so mehr wird dann als notwendige Folge sich die Tabakfabrikation ergeben. Das müßte sich also diejenigen gesagt sein lassen, die sonst vielleicht geneigt wären, dieser Vorlage zuzustimmen. Der Herr Schagfestrat sagte gestern: wenn es auch Opfer koste, so sei doch diese Vorlage ebenso notwendig, wie die Melassebrennerei für das Militär. Nun, meine Herren, die Ausgaben für die Erhaltung des Reichs in eine Parallel zu stellen mit den Ausgaben für die Brenner, das ist doch eine Schnappschuß, an welche die früheren Minister nicht entfernt heranreicht. Gegen die Melassebrennereien gehen Sie vor, als wäre es ein Verbrechen, Melasse zu brennen, gleich als ob nicht auch das Melassebrennen ein Verbrechen landwirtschaftlicher Produkte ist. Das Melassebrennen nennen Sie ein Spekuliren, und da erschallt rechts ein Hört! Hört! Ich kenne nur zwei Arten des Spekulirens, ein solches — wie daselbe jedem Kaufmann eigen ist — auf eigene Gefahr, und ein solches auf die Hilfe des Reiches. Die letzteren Spekulationen sind es, die wir am meisten zu fürchten und abzuwehren haben. Man will hier, wie man sagt, die Vorteile des Großbetriebes ausgleichen durch die Brennsteuer. Aber diese Vorteile werden ja in den Motiven der Vorlage selber nur auf 8 Mark pro Hektoliter berechnet, und diese Vorteile werden ja ferner ohnehin schon durch die Art der Maisdrammenten ausgeglichen. Wo Produktion und Konsumtion ohnehin schon so belastet sind, wie jetzt, sollte man sich doch sehr hüten, noch mit neuen Steuern zu kommen. Der Kartoffelbau soll zurückgegangen sein. Das ist unzutreffend. Er ist seit 1883 um 4 1/2 Prozent gestiegen. Freilich nicht in dem Maße, wie er vielleicht gestiegen wäre, wenn das Gesetz von 1887 nicht erlassen worden wäre. Es handelt sich also hier höchstens um lucrum cessans, nicht um einen wirklichen Rückgang des Kartoffelbaues seit 10 Jahren. Die thätigste Zunahme des Anbaues um 4 1/2 Prozent seit 1883 beweist vielmehr, daß sogar der Rückgang der Brennerei und der Einfluß davon auf den Kartoffelbau weit mehr als ausgeglichen worden ist durch die natürliche Zunahme der Bevölkerung und ihres Verbrauchs an Speisefarstoffen. Auf 1000 Einwohner kommen allerdings etwas weniger Hektare Kartoffelbau, als früher. Aber, meine Herren, ist denn das nicht natürlich? Die Bevölkerung wächst doch bei uns zusehends, aber das Areal wächst doch nicht! Das Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Areal muß sich doch also in solcher Weise verschieben. In Frankreich ist das ja allerdings, wie der Herr Schagfestrat meinte, und mit Recht meinte, anders. Aber Jedermann weiß doch, wie in Frankreich in Folge des Zweitensystems die Bevölkerung nicht zu, sondern eher noch abnimmt. Vergessen Sie auch nicht, wie früher Deutschland in erheblichem Umfange ein Kartoffeln ausführendes Land war, während es jetzt in Folge des unter Mitwirkung der Brennerei gesteigerten einheimischen Kartoffelverbrauchs nur noch wenig mehr aus- als einführt. Und geht das so fort, so werden wir künftig sogar ein Kartoffeln importirendes Land werden, und da sehe ich die Zeit kommen, wo Sie sogar einen Kartoffel-Job zum Schutze der „nationalen Kartoffel“-Börse werden. Der Herr Schagfestrat wies gestern auf die Schweiz hin als ein Musterland auf diesem Gebiete. Selbstsam genug. Denn die Schweiz muß ja Kartoffeln und Spiritus importiren, im Gegensatz zu uns, wirtschaftlich also auf einer ganz anderen Grundlage als wir. Der Herr Schagfestrat hat gestern die Rentabilität der Brennereien und des Kartoffelbaues möglichst niedrig dargestellt. Aber die Dresdener Handelskammer hat die ein- schließlichste Berechnung in den Motiven als in den

hätten falsch nachgewiesen. In Wirklichkeit bringt der Zentner Brennereiergebnisse Dank der Melasse 2 Mark Reingewinn. Der ganze Gesehtentwurf beruht auf ganz falschen Unterlagen. Und auch der Zweck desselben wird nicht erfüllt, so namentlich nicht in Hinsicht auf die erwartete Steigerung des Exports durch die Prämien! Es war mir in dieser Hinsicht interessant, daß auch Herr Camp dahingehende Versicherungen äußerte. Die ausländischen Staaten wehren sich mit Hand und Fuß gegen den Import von Branntwein und auch in den afrikanischen Kolonien, in Westafrika widersehen sich dem mit Recht die Missfänge. (Auf des Antimienit Werner: Oh!) Der Herr scheint nicht verstanden zu haben. Ich bin ganz derselben Ansicht wie neulich einer seiner Fraktionsgenossen, daß wir den Import von Branntwein nach Westafrika nicht gesteigert wissen möchten, wie das leider geschieht. (Werner: Aber nicht durch diese Vorlage!) Herr Camp wollte die Bildung eines Fonds, um wegen des Steigens der Petroleumpreise mit dem Spiritus zu beleuchtungswecken zu experimentiren. Das ist eine eigenwillige Politik! Weil dem Reiche das Petroleum Hunderte von Millionen kostet, sollen wir von Reichs wegen hier noch antwortende Mehrausgaben machen. Stellen Sie sich doch gleich besondere Professoren an den Universitäten für solche Versuche an! Wir hier werden jedenfalls der Regierung für ein verträgliches Steuersystem, welches schließlich nur zum Monopol führt, nicht den kleinen Finger reichen, weil wir überzeugt sind, daß man dann auch die ganze Hand wird nehmen wollen.

Abg. Paasche (natl.): Namens meiner Freunde habe ich zu erklären, daß wir — nachdem der Herr Schagfestrat gestern in erster Linie den agrarischen Charakter der Vorlage betont hat, und weil wir die Noth der Landwirtschaft anerkennen, der Vorlage große Sympathien entgegenbringen. Auch den Grundbesitzer der stiefel-förmigen Brennereien billigen wir. Aber nicht mit allen Einzelheiten der Vorlage sind wir einverstanden. Besonders gefällt uns nicht die differentielle Behandlung der landwirtschaftlichen und der gewerblichen, sowie der Melasse-Brennereien. Das ist uns sogar unannehmbar und sollte auch den Herren rechts Bedenken einflößen, weil es der Vorlage einen im schlimmsten Sinne agrarischen Charakter verleiht. Die Melassebrennerei ist ohnehin immer nur vorübergehend, unter besonders günstigen Verhältnissen, besonders rentabel gewesen. Auf keinen Fall sollten Sie die Frage so stellen: wie machen wir die Melassebrennereien tot? Sie sollten vielmehr erwägen: wie verhindern wir die Bildung neuer Melassebrennereien und die weitere Ausdehnung des Betriebs der bestehenden! Damit würden auch die Melassebrennereien selber einverstanden sein. Aber mit diesem Gesetze hier machen Sie sie schließlich tot. Die Melassebrennereien haben ja doch auch eine landwirtschaftlichen Charakter. Auch ich schätze, wie Sie (zur Rechten gerichtet) die Melasse als Futtermittel. Aber wenn wir jährlich 9 Millionen Doppelcentner Melasse produziren, können Sie nicht dreist behaupten, daß das Alles lediglich verflüchtigt werde. Redner macht sodann Bedenken geltend gegen die Erhöhung der Ausfuhrprämien. Bezüglich dieser liege die Sache beim Branntwein ganz anders als beim Zucker, weil bei letzterem unser Export den heimischen Konsum überwiege, während dies beim Branntwein umgekehrt sei. Die Exportprämien auf Branntwein wirken weder steigend auf unseren Inlandspreis, noch auch werde die Erhöhung der Prämien den Export heben. Er hoffe, so schließt er, daß es gelingen werde, in der Kommission die Ungerechtigkeiten der Vorlage zu beseitigen ohne Schädigung des eigentlichen Zweckes derselben.

Abg. Bachmair (fr. Bp.) will angesichts der mancherlei auch auf der Rechten erhobenen Bedenken die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Vorlage nicht Gesetz werde. Schon jetzt sei der Branntwein mit 5-600 Prozent seines eigentlichen Wertes beaufschlagt, und da entsehe doch die berechtigte Frage, ob man einen bereits so stark belasteten Verbrauchsgegenstand noch weiter belasten dürfe. Noch durchschlagender erscheine aber das weitere Bedenken, daß — wie ja auch die Herren Camp und Paasche gemeint hätten — diese Vorlage eine Hebung des Exports voraussetzt, die nicht zur Folge haben werde. Können man sich aber somit Verzeihen von der Vorlage für den Export versprechen, dann fällt der wesentlichste Grund für die in Aussicht genommene Regelung — durch Erhöhung der Prämien — fort. Auch würden durch die Vorlage wohlverordnete Rechte, von Melassebrennereien insbesondere, beeinträchtigt. Was bleibe also übrig? Nur noch die Mehrbelastung der Konsumenten! An Zöllen, Verbrauchssteuern und Stempelabgaben zahlen die Konsumenten schon jetzt jährlich 6-700 Millionen, und das — genügt! Wie komme man aber überhaupt dazu, in solcher Weise gegen die Melassebrennereien vorzugehen? Auch sie seien ja nur ein Produkt der landwirtschaftlichen Thätigkeit, und nun solle auf einmal von ihnen das Wort gelten: Ihr führt ins Leben und hinein, und — dann überläßt Ihr uns der Pein! Aufgefallen ist wolte man nur die Unterbrennereien vor einer lästigen Konkurrenz schützen. Die Vorlage stelle sich nur als Vorstufe für das Monopol dar. Im Lande verfolge man den Sozialismus, hier, durch eine solche Interessentpolitik, züchte man ihn. Er und seine Freunde würden eine solche Interessentpolitik nicht mitmachen.

Abg. Czura (Zentrum) hofft, die Vorlage werde in der Kommission eine Gestalt erlangen, die es zulasse, sie zu verabschieden. Zwischen gewerblichen und landwirtschaftlichen Brennereien sei scharf zu unterscheiden, schon wegen der Art der Verwendung der Schlenpe. Eine Ueberproduktion in Branntwein bestimme ein einmal, und da sei zur Abhilfe der Folgen derselben die Vorlage mit ihrer Erhöhung der Ausfuhrprämien der beste Weg. Die Rentabilität der landwirtschaftlichen Brennereien werde von den Gegnern der Vorlage stark überhöht. Seien doch sogar unter dem Regime der sogenannten Viebesgabe Duzende von Brennereien eingegangen. Nach Herrn Richter habe der Kartoffelbau zugenommen. Wie komme es da aber, daß z. B. in seinem eigenen Kreise der Kartoffelbau seit 1870 erheblich abgenommen habe? Und ähnlich werde es wohl in anderen Kreisen sein. Er könne nur hoffen, daß es in der Kommission durch Zugeständnisse von jeder Seite zu einer Verständigung kommen möge.

Abg. Holk-Berlin (Reichspartei) konstatirt zu seinem Bedauern, daß die Vorlage heute im Allgemeinen eine weniger günstige Beurtheilung gefunden habe, als gestern. Namentlich scheine

sich auch Herr Paasche mehr für Zucker, als für Branntwein zu erwärmen. Nicht zu bezweifeln sei, daß gerade auch die kleinen Brennereien Nutzen von der Vorlage haben würden. Der Herr Schagfestrat habe sich damit verbitten, daß er so sehr den agrarischen Charakter der Vorlage hervorzuheben habe. Auf das Gerüde von der Viebesgabe einzugehen, sei überflüssig, denn daran glaube im Lande doch Niemand mehr. Auch mit den Einzelbestimmungen der Vorlage erklärt sich Redner im Allgemeinen einverstanden. Schagfestrat Graf Posadowsky tritt nunmehr noch den mancherlei gegen die Vorlage erhobenen Einwänden entgegen, dabei namentlich die stärkere Belastung der Melassebrennereien rechtfertigend und der Theorie der Viebesgabe widersprechend.

Damit schließt die Debatte und die Vorlage geht an eine besondere Kommission.
Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung Montag 1 Uhr.
Tages-Ordnung: Binnenschiffahrts- und Flößerei-Gesetz in zweiter Lesung.
Schluß 5 1/2 Uhr.

E. L. Berlin, 27. April.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

59. Plenar-Sitzung vom 27. April, 11 Uhr.

Die Gebühren-Ordnung für Notare steht zur dritten Lesung.
Die Generaldebatte hat bereits gemeinsam mit der Generaldebatte über die Gerichtskosten-Vorlage stattgefunden, die endgültig angenommen ist. § 1-8 werden debattirt und genehmigt.

§ 9 bestimmt, daß für geleistete Entwürfe zu notariellen Akten nur die Gebühr gefordert werden darf, welche für Beurkundungen vorgeschrieben ist.

Abg. Dr. Osvald (natl.) beantragte, für solche Entwürfe die höhere Gebühr zuzulassen, die für Aufnahmen vorgeschrieben ist.

Der Antrag wird angenommen, nachdem vom Regierungsrath erklärt worden war, daß dem Antrage kein Widerspruch entgegengelegt werde.

§ 14 setzt die Gebühren fest für die Verwahrung von Geldern einschließlich des Empfangens und der Auszahlung und zwar nach einem einheitlichen Tarif.

Ein Antrag Jerusalem (Ztr.), der von dem Abg. Dr. Pieper (Ztr.) eingehend begründet und zur Annahme empfohlen wird, will diese Gebühren anerkennen und zwar verschiedene Sätze für die Einzahlung und für die Auszahlung der Gelder, so daß die Gebühr für das einzelne Geschäft sich um etwas höher stellen würde.

Justizminister Schönstedt will dem Antrage nicht widersprechen.

Abg. Dr. v. Cuny (natl.) befürwortet ebenfalls den Antrag, der hierauf angenommen wird.

§ 22 der Vorlage läßt für eine Reihe von Geschäften die freie Vereinbarung über die Höhe der Gebühren zu.

Ein Antrag Schnaube (natl.) will die freie Gebühren-Vereinbarung für die Beurkundung von letztwilligen Verfügungen und Erbverträgen ausgedehnt wissen.

Der Antrag wird abgelehnt, nachdem mehrere Redner aus dem Hause und auch der Justizminister sich gegen denselben ausgesprochen.

Der Rest der Vorlage wird genehmigt und die ganze Vorlage sodann unter Vorbehalt auf die vorgeschriebenen Formitäten wegen der vorgemachten Veränderungen sofort in der definitiven Abstimmung genehmigt.

Sodann wird der Gesetzentwurf betr. die Ehefrauen-Vergütung im ehemaligen Bisthum Fulda in dritter Lesung genehmigt, nachdem ein Antrag Kirch (Ztr.), an einer bestimmten Stelle des nur einen Paragraphen enthaltenden Entwurfs ein Komma einzufügen, die Zustimmung des Hauses gefunden hatte.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Errichtung einer Generalkommission für Dipteren.

Abg. Febr. v. Zedlitz (frk.) will der Vorlage zwar zustimmen, betont aber die Nothwendigkeit, die Generalkommission in eine bessere organische Verbindung zu bringen mit der allgemeinen Landesverwaltung, namentlich mit den Organen der Selbstverwaltung.

Landwirtschaftsminister Febr. v. Hammerstein: Es könnte fast scheinen, als wolle man den Generalkommissionen einen gewissen Mangel anhalten; ich muß doch betonen, daß diese Behörden voll ihre Aufgaben erfüllt haben, die Regierung ist bereit, den weiteren Ausbau dieser Behörden in Angriff zu nehmen. Ich bin auch bereit, den Forderungen nachzukommen, welche in der Resolution bei der zweiten Lesung ausgesprochen sind, aber ob das durch Gesetz möglich ist oder möglich sein wird, das bedarf einer eingehenden Prüfung, diese soll stattfinden; ich bitte Sie aber, die Annahme dieser Vorlage nicht abhängig zu machen von der Bedingung, daß die Regierung die gesetzliche Reform der Generalkommission jetzt schon aufzählt.

Abg. v. Puttkamer-Plath (konf.): Es hat uns ferngelegen, den Generalkommissionen einen Mangel anzuhängen. Unsere Forderungen bezüglich der Umgestaltung dieser Behörden hat Graf v. Zedlitz dargelegt, beinahe ich aber, daß er trotzdem der Vorlage zustimmt; wir sind anderer Meinung, wir geben zu, daß die Geschäfte durch das Nichtzustandekommen der Vorlage zwar verlangsamt werden, aber das ist nicht so schlimm, wie die ungewöhnliche Art, in welcher die Geschäfte jetzt befristet werden. (Sehr richtig! rechts.)

Es liegt uns fern, hier ein politisches Kaufgeschäft zu machen; die beiden Materien, Neuerrichtung einer Generalkommission ein Neuorganisation dieser Behörden hängen eng zusammen. (Sehr richtig!) Wir verlangen keine Zugabe vom Minister über die Einzelheiten des zu erwartenden Gesetzes, aber wenn er keine andere Erklärung abgibt, als die eben gehörte, so wird und großer Theil meiner Freunde nicht für die Vorlage stimmen können.

Finanzminister Dr. Miquel: Die verlangte Erklärung kann doch der Minister nicht abgeben, wenn er noch garnicht weiß, wie er in der Sache gesetzlich zu regeln gedenkt. (Nachen rechts.) Wenn sich Mängel bei der Thätigkeit der Generalkommissionen gezeigt haben, so liegt das daran, daß sie in der letzten Zeit überlaufen wurden. Auch ohne die Anregungen aus dem Hause, so nützlich sie sonst sind, würde die Regelung dieser Dinge

in Angriff genommen worden sein. Ich würde diese Stellung der Herren nur verzeihen, wenn sie einer feindseligen Regierung gegenübersehen; aber ein Grund für die Haltung des Herrn von Puttkamer liegt doch nicht vor.

Abg. Hübner (natl.): Die Stellung des Herrn von Puttkamer hat sich merkwürdig geändert. In der Kommission haben die Herren dem Entwurf zugestimmt und nun die Resolution gefordert. Wenn Sie nun heute plötzlich die Bedingung aufstellen, so erweisen Sie damit den Verdacht, als wünschten Sie die Ausführung des Gesetzentwurfs nicht. (Widerpruch rechts.) Ich weiß ja, daß das nicht der Fall ist, aber der Eindruck besteht.

Minister Miquel: In der Sache will die Regierung daselbe wie die Herren rechts, aber bei der Schwierigkeit, die in der Sache liegt, kann sie das Versprechen der gesetzgebenden Regelung heute nicht geben. Bedenken Sie doch nur die Schwierigkeiten bei der Rentengüter-Einrichtung. Das läßt sich nicht schablonenmäßig regeln; man verlangt von den Kolonisten ein gewisses Vermögen, aber mancher Kolonist bietet in seiner Person mehr Garantie wie ein Vermögender, der den Großbauer spielt und auf die Jagd geht.

Abg. v. Puttkamer-Plath (konf.): Wir müssen bei unserer Auffassung bleiben. Neue Anlagen müssen von Oben her beobachtet und kontrollirt werden.

Abg. Humann (Ztr.): Für den Westen haben sich die kleinen Besitzungen sehr gut bewährt; für die dortigen Verhältnisse wäre eine Milderung der Gesetzgebung nicht möglich.

Die Vorlage wird hierauf gegen die Stimmen der Mehrzahl der Konfessionen angenommen.

Es folgt der Antrag Camp (frk.), die Regierung zu ersuchen, Anordnung zu treffen, daß die Staatsbetriebe beim Einkauf land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse die inländischen Erzeugnisse bevorzugen und die Lieferung inländischer Erzeugnisse vorziehen.

Zur Begründung führt der Antragsteller aus, daß der Staat kein Interesse daran habe, die Produkte unter dem Vertriebspreise zu erwerben; das sei auch früher von der Regierung anerkannt. Auch bei Industrieprodukten, bei Schienen u., muß dieser Grundsatze zur Geltung gebracht werden. Namentlich müsse die Armee- und die Marineverwaltung darauf halten, daß nur deutsche Landwirthschaftsprodukte von ihr zur Mannschafverpflegung verwendet werden.

Minister Thielens: Ich habe angeordnet, daß zu Schwellen inländische Hölzer verwendet werden sollten; leider sind uns wenig inländische Hölzer angeboten, weil dieselben ansehnlich vortheilhafter Verwendung fanden, obwohl wir bis 15 Prozent höhere Preise bieten selbst bei geringer Qualität; auch hat sich eine Verwendung von Buchen-Schwellen als unvortheilhaft erwiesen. Gerade inländischen Lieferanten gegenüber wird das weiteste Entgegenkommen bewiesen.

Landwirthschaftsminister Febr. v. Hammerstein: Ich habe mich über den Antrag mit dem Herrn Kriegsminister unterhalten, er interessiert sich sehr für denselben, er ist beinahe Agrarier. (Gelächter.) Leider hat er mit der Verwendung inländischer Produkte nicht immer Glück gehabt, da die einzelnen Produzenten nicht immer in der Lage waren, die erforderlichen Produkte gleichmäßig und in der erforderlichen Menge zu liefern. Was aber der Einzelne nicht kann, das kann die Genossenschaft; auf diesen Weg muß ich die Herren verweisen. Für den Holzabsatz kommt namentlich der Westen als Konjunkt in Betracht und dieser Absatz würde sich erleichtern lassen, wenn der Bau von Kanälen gefördert würde. (Sehr richtig! links.)

Abg. v. Mendel-Steinfeld (konf.): Es muß mit dem Prinzip gebrochen werden, daß derjenige den Zuschlag erhält, der den billigsten Preis fordert. Dies Prinzip ist so weit in alle Beamtenstellen eingedrungen, daß lange Zeit nicht möglich war, es ganz zu beseitigen. Die Verordnungsbedingungen sind so gestellt, daß nur der Großhändler darauf eingehen kann, nicht aber der Produzent. Wir haben Schlachtgenossenschaften gebildet, aber wir kamen nicht dazu, Lieferungen für die Armeen zu machen, wegen der Schwierigkeiten, die von den unteren Anhängen gemacht wurden. (Sehr richtig!) Für den Antrag Camp sind wir dankbar.

Minister Febr. v. Hammerstein theilt noch auf eine Anregung des Vorredners mit, daß der Bau großer Kornhäuser von der Regierung vorbereitet werde. Im Reichstage soll wörmöglich noch in dieser Session eine Vorlage über die Behandlung der Margarine vorgelegt werden.

Abg. Pleß (Ztr.) will zwar gern der Landwirtschaft helfen, aber man darf nicht forgetzen, die Margarine ganz aus dem Wege räumen zu wollen; man strafe den Fälscher, man entziehe ihnen das Recht, Handel zu treiben, aber ganz beseitigen kann man die Margarine nicht, da die ärmere Bevölkerung sie nicht entbehren kann; dem Antrage Camp stimmt er zu.

Abg. v. Chyren (natl.): Unsere Zustimmung zu den Grundzügen des Antrages haben wir bereits 1892 bei einer ähnlichen Gelegenheit ausgesprochen.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag wird angenommen.

Sodann verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr.
Tages-Ordnung: Anträge Krichhoff (frk.) betr. Flachsban, Wachen (Ztr.) konfessionelle Vergrößerungen, Krichhoff (Ztr.) Versicherungsgesellschaften, und Krichhoff (Ztr.) Frachtmäßig für Schienen.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

E. Berlin, 27. April. Die Reichstags-Kommission zur Beratung des Antrages Reichsthat heute zusammen. Regierungsrath nahm Staatssekretär v. Bötticher mit drei Kommissaren und Geh. Rath Schmidt vom Finanzministerium an der Sitzung theil. Auf Antrag des Abg. Dr. Fieber (Ztr.) wird beschloffen, die Verhandlungen stenographiren zu lassen. Abg. Graf Schwerin (konf.) beantragte zunächst, daß die Regierung bereits eine abweisende Haltung eingenommen habe, bevor der Reichstag entschieden. Der Antrag würde nicht eine dauernde, erhebliche Steigerung des Getreidepreises betreffen, die Steigerung könne vielmehr nur eine vorübergehende sein. Redner empfiehlt folgenden Antrag zur Annahme: „Die Kommission billigt den von

Annahme von Zueraten Rohmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies, Halle a. S. J. L. Bark & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg a. Frankfurt a. M. Meiner, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

den Antragstellern näher dargelegten allgemeinen Zweck des Antrages, anstatt der bisherigen Preissteigerung durch Zuschüsse einen Ausgleich der Getreidepreise auf mittlerer Höhe zu suchen; vorbehaltlich jeder weiteren Entscheidung sowohl über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit der vorgeschlagenen Mittel, als auch über die Preishöhe, bei welcher ein Ausgleich wünschenswerth erscheint.“ Abg. v. Kardorff fügt aus, die Landwirthschaft liege nicht in der Lage, den Vortheil aus den Schutzgößen zu ziehen, wie man erwartet habe und wie es die Industrie thue. Abg. Dr. Paasche (natl.) meint, der Ausgleich liege nicht der wirkliche Zweck des Antrages. Es solle vielmehr immer ein dem höheren Weltmarktpreis entsprechender Preis gesichert und vermindert werden, das derselbe unter 160 Mark sinkt. Von einem Ausgleich könne nicht die Rede sein. Abg. Steininger (Ztr.) steht dem Grundgedanken des Antrages wohlwollend gegenüber; derselbe müßte in irgend einer Form nutzbar gemacht werden, wolle man nicht die Landwirthschaft ruiniren. Abg. Webel (Ztr.) erklärt, der ganze Zweck des Antrages sei, die Staatsgewalt für die agrarischen Sonderinteressen nutzbar zu machen, und beantragt, die Regierung aufzufordern, eine Enquete zu veranstalten, um festzustellen, daß ein Nothstand in dem Umfange, wie die Agrarier behaupten, nicht bestehe. Abg. Frank-Waden (natl.) ist gegen den Antrag, da der Grundgedanke unausführbar sei. Abg. Graf Galen (Ztr.) führt aus, der Landwirthschaft könne nur geholfen werden, wenn sie ihre eigenen Fehler einsehe und abstelle. Nachdem sich noch Abg. Meyer-Dalle für den Vorschlag Webel betreffs Veranstaltung einer Enquete ausgesprochen, wird die Weiterberatung auf Dienstag, den 30. April, vertagt.

Kassel, 27. April. In Sachen des trotz seiner Eidesverweigerungsaffäre neuernannten Stadtrathes Rechtsanwalts Martin hat der Oberpräsident auf eingelegte Beschwerde verfügt, daß Rechtsanwalt Martin als Stadtrathsunfähig verpflichtet sei, den Eid eines mittelbaren Staatsbeamten zu leisten; falls derselbe auf seiner Eidesverweigerung beharre, dürfe sein Eintritt in den Stadtrath nicht erfolgen.

Stuttgart, 27. April. In der heutigen Kammer Sitzung gab der Ministerpräsident Fuhr v. Mittnacht eine Erklärung ab, in der er sich gegen die Meldungen von angeblicher Uneinigkeit im Schoße des Ministeriums wandte. Darnach sollten die Minister v. Sarnew und v. Faber ihre Entlassung eingereicht haben, weil sie gleichwie der Kriegsminister von den Erklärungen des Ministerpräsidenten zur Verfassungstreue in der Kammer Sitzung vom 5. März übertrifft und nicht damit einverstanden gewesen seien. Fuhr. von Mittnacht wies die Unterstellung solcher Eigenmächtigkeit gegen gleichberechtigte Kollegen energig zurück und theilte mit, daß sämtliche Minister gleichwie bei der Vorberatung vor dem 5. März, so auch jetzt ihm ihre völlige Uebereinstimmung förmlich erklärt und festgestellt, daß die damalige Rede des Ministerpräsidenten keine Abweichung oder Ueberschätzung enthielt. Auch Justizminister von Faber, der im März krank gewesen, habe seine Zustimmung erklärt. Fuhr. von Mittnacht schloß mit einem scharfen Protest gegen jene Berichterstattung, die fortgesetzt unwahre Mittheilungen über Württemberg verbreiten. Der Rede folgte lebhafter Beifall der Kammer.

Großbritannien und Irland.

London, 27. April. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Yokohama von gestern gemeldet:

Der von Deutschland, Frankreich und Rußland eingeleitete Protest erklärt, die Abtretung der Halbinsel Kiao-Tsing werde eine befriedigende Drohung gegen Peking sein und die Unabhängigkeit Koreas, sowie die Aufrechterhaltung des Friedens im fernem Osten bedrohen. Das Memorandum sei als fremdlicher Rath, nicht als Drohung übergeben worden.

London, 27. April. Der „Times“ wird aus Peking gemeldet: Besonders die vorgeschlagene Abtretung der Silb-Mandchurei stößt hier auf Widerstand, weniger die Abtretung von Formosa. Die anderen Artikel des Friedensvertrages werden als erträglich angesehen. Die Generale Sung und Li, der Führer der Schwarzhäupter Ku und mehrere Gouverneure operiren gegen die Unterwerfung unter Japan.

Aus Shanghai erfahren die „Times“, zuverlässigen Nachrichten zufolge habe Rußland China erucht, die Ratifikation des Vertrages von Schimonoseki wenige Tage zu verschieben.

Amerika.

Savanna, 26. April. (Central News of Germany.) Ein spanischer Offizier wurde vor ein Kriegsgericht gestellt und erschossen, weil er sich mit 60 Mann einer Kolonne von 700 Aufständischen, welche später durch eine andere spanische Abtheilung geschlagen wurde, ergeben hat.

Sofon, 27. April. (Central News of Germany.) Admiral Stevensen notisirte der Regierung von Nicaragua gestern Abend, daß er heute um 1 Uhr eine bewaffnete Macht landen werde, sofern die englischen Forderungen bis dahin nicht erfüllt seien. Ungehörige Aufregung herrscht in Managua und Leon. Der Verfallungsstand ist in der Republik erklärt worden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 28. April. Zu der im Juni d. J. bevorstehenden Feier des 70jährigen Bestehens des p. o. m. Füßler-Regiments Nr. 34 wird der „Nat.-Zg.“ geschrieben: In einer Beziehung ist das jubelnde Regiment wohl das interessanteste der gesamten deutschen Armee: es hat das stärkste Hautbontentorps. Wie es dazu gekommen, damit hat es seine eigene Verwandlung. Zu Anfang der 60er Jahre garnisirte das 34. preussische Infanterie-Regiment in der Bundesfestung Rastatt, woselbst damals das Befehlsgewalt zu gleichen Theilen den drei Bundesstaaten Oesterreich, Preußen und Bayern zufland. Es garnisirte denn auch bis zum Kriege von 1866 ein österreichisches Infanterie-Regiment in Rastatt. Im Wiener Kriegszustimmung war man nun — mit einer für Preußen ersichtlich kränkenden Tendenz — stets bemüht, das in Rastatt garnisirende österreichische Infanterie-Regiment mit der stärksten und künzlichlich tüchtigsten „Bande“, welche die österreichische Armee aufzuweisen hatte, auszustatten. So war es denn natürlich, daß bei den Konzerten, welche abwechselnd an je einem Tage der Woche die Militärkapellen der Rastatter Garnison in dem nahe gelegenen Baden-Baden

Erzählung von Emilie Heinrichs.
Nachdruck verboten.

rollte der Wagen, den verübigten Kannibal in einer wenig erquicklichen Stimmung zurückließ.

Langsam wandte dieser sein Pferd, um nach James-Hall zurückzukehren. Er mußte sich sagen, daß er von Morriens wenig zu hoffen habe und es demnach am gerathensten sein werde, James-Hall sobald wie möglich zu verlassen.

Von Walf James hatte er noch nichts erblicken können, da der Pflauser ihn bislang nicht von seiner Seite gelassen.

„Gut,“ sprach Hannibal entschlossen zu sich, „ist sehr schön, daß der Anel mit dem laubernen Nessel im Wunde ist und denselben auf meine Ankunft vorbereiten will, — sehen wir uns also vor. Ich werde jetzt vor allen Dingen Walf James aufsuchen.“

Seine Wangen rötheten sich bei diesem Entschluß; dem Braunen die Spuren gebend, trabte er rasch dahin und erreichte James-Hall, wo ihm Sonas mit geheimnißvoller Miene entgegentrat.

„Kommen Sie allein, Sir?“ fragte der Neger.

„Ja, mein Brader, was hast Du denn?“

Sonas winkte geheimnißvoll und flüsterle, das Pferd ihm abnehmend, „ein Brief für Sir Hartmann, — o, Sonas ist freu, — kommt gleich nach.“

Hannibal schüttelte verwundert den Kopf und begab sich auf das ihm angewiesene Zimmer, wo hin Sonas ihn nach wenigen Minuten folgte.

„Hier — der Brief,“ sagte Letzterer, ein unveriegeltes Schreiben herübergiehend, das Hannibal rasch und mit klopfendem Herzen ergriff, die Adresse, welche von einer Damenhand herzurühren schien, betrachtend.

„Wer gab Dir den Brief, Sonas?“

„Walf Sonas, sie ist weg —“

"Weg?" rurmelte Hannibal beflürzt, "daranS werde ein Anderer kug." Er trat auf's Fenster, um den Brief zu lesen. Derselbe enthielt nur die wenigen Zeilen: "Sir Hartmann! Verlassen Sie auf der Stelle James-Hall, Ihr Leben ist in Gefahr. In New-Orleans werden Sie das Nähere erfahren. Mary Jones. Hannibal starrte auf die Zeilen, als befände er sich in einem seltsamen Traum. Plötzlich fuhr er empor. "Wohin ist Miß Jones?" fragte er hastig. "Kann Jonas nicht sagen," erwiderte der Neger, achselzuckend, "als Massa Morrison fort war wurde anderer Wagen angespannt, und hopps — war Miß Jones weg." "So weiß Morrison nichts davon?" "Doch — doch, Sir!" grinste Jonas mit listigem Augenwinkeln, "Massa Morrison will Miß Jones heirathen, dort oben in Missouri, die Sally in der Küche hat mich gern, weiß Alles und meinte, fremder Sir wäre nur gekommen, um Miß Jones wegzuholen, worüber Sir Morrison böse geworden und Miß Jones weggeschickt." Hannibal hörte mit klopfendem Herzen die wunderliche Erzählung des Negers, wobei sein Gesicht wie von einer dunklen Gluth überglänzt wurde. Alles, was er daraus entnehmen konnte, gipfelte in dem Gedanten, daß Morrison Mary betrahten wolle und auf ihn eifersüchtig sein müsse.

Wunderliche Gefühle stürmten auf ihn ein; denn woher konnte eine Eifersucht entstanden sein? Hatte Morrison die nächtliche Waueriner, welche ihn damals aus James-Hall geleitet, entdeckt?

Wie konnte die Dienerschaft sich bereits davon erzählen?

Hannibal stampfte unwillkürlich mit dem Fuße bei diesem Gebanten und das Mißtrauen begann seine Seele zu umgarnen. Welches Interesse konnte diese Amerikanerin für den armen, heimatlosen Deutschen haben? Stand er ihr nicht wie mehr im Wege bei ihrem Heirathsplan mit dem reichen Pflanzer, dessen Eifersucht, wenn solche vorhanden, je ihm jeden Preis besitzigen mußte? Ein schmerzliches Gefühl durchzog seine Brust, er durfte nach der Erzählung des Negers, deren Glaubwürdigkeit er nicht in Zweifel ziehen konnte, der Ehrlichkeit der Miß nicht vertrauen; denn wer anders als sie selbst konnte ein solches Secrete von ihm in Umlauf gesetzt haben?

„Sie will ihn kapers und braucht einen Gimpel, um ihn eifersüchtig zu machen und dieser soll ich sein“ murmelte er, „daraus ihre Bitte an mich, hierher zu kommen. Nun ist der Zweck erreicht und der Gimpel kann sich lösen.“

Er balzte zornig die Faust und zerriß den Brief in kleine Stücke.

„Nun?“ fragte Jonas ganz verblüfft.

„Nun, mein braver Jonas?“ wiederholte Hannibal grimmig lachend, „erzähle Deiner Viehbin in der Küche, daß es dem fremden Sir nicht einfallt, Eure Miß wegzuholen und sie getrost ihren Pflanzer betrachten könne.“

„O, o, nicht laut sagen, Sir!“ flüsterte Jonas erschreckt, „Miß Jones wird gut, sagen mir, daß Sir wegziehen soll nach New-Orleans, — nicht gut sein für ihn in James-Ball —“

„Nah, was kümmert mich Weibergeschwätz,“ rief Hannibal zornig, „schweig davon, Jonas, ich bleibe

hier; wenn Dir nicht gefällt, dann lehre alle zurück, ich erlaube es Dir."

"O, was glauben Sie Hartmann von Jonas?" rief der Negler, "ich bleibe gern in James-Hall — Negler fürcht sich nicht, aber deutscher Sie, o, viel gefährlich, wenn Krieg losbricht."

Damals hörte nicht mehr auf ihn, er war in seinen Gedanken über die Niederträchtigkeit dieser Amerikaner zu sehr beschäftigt, um dem Gespräch des Neglers Aufmerksamkeit zu schenken.

15.

Ein entsprungener Sklave.

Mittlerweile war Morrison nach Harcourtville, der Festung seines Neffen gefahren, um seine Tochter zu holen und dem Skandal um rosenheim Einfluß ein Ende zu machen.

Harry sah, die Zeitung lesend und eine Zigarre rauchend, unter der Veranda seines Hauses, als sein Onkel vor die Freitreppe fuhr. Ein triumphirendes Gähnen überzog das blaßste Gesicht des jungen Mannes, der sich nachlässig erhob und die Zeitung fortwerfend nach der Hausthür schritt um den Dunkel zu empfangen.

"Ich habe bringend mit Dir zu reden, Harry!"

"Kann mir denken, Onkel!"

Mit diesen Worten traten die beiden Männer ins Haus und schweigend in's Wohnzimmer.

"Edith ist hier bei Dir," sprach Morrison mit unterdrückter Stimme.

"Wohl möglich, Onkel!"

"Du hast sie hinter dem Rücken ihres Vaters hierher geleckt," fuhr Morrison tief aufathmend fort. "Für so niederträchtig hätte ich Dich nicht gehalten."

(Fortsetzung folgt.)

Ziehung 22. Mai, günstigste Gewinnchancen, weil weniger Loose und verhältnismäßig mehr Gewinne, Loose à 1 Mk., 11 Loose 10 Mk., Losporto und Gewinnliste 30 Pf. Extra empfiehlt die General-Agentur von **Leo Wolff, Königsberg i. Pr.**, sowie hier die Herren: **A. Kaselow, R. Th. Schroeder, Grassmann.**

Stettin, den 22. April 1895.

Stettin, den 28. April 1895

Steuerprobe

Think Anstalt

Die Schöne

Verwaltungs-Institut

Schülern und Schülerinnen neh

Chandler 49er.

—

pünktliches Erscheinen bittet

ler-Verein.

11, Tagesordnung: Die B

Der Vorstand.

er - mung

ist gestorben.

vom Trauerhause Giesebrecht

Der Vorstand.

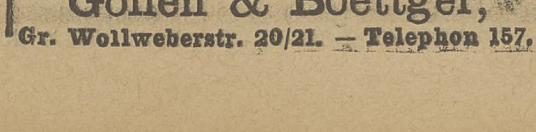
Der Verein

D. Mits., Abends 6 Uhr:

res/ est

Mitglieder, sowie sonstige Gäste
Eintritt frei.

200 20011103



Hofmarktsstraße 18.

Gefällige Offerten unter G. G. an die Expedition
dieser Zeitung, Kirchplatz 3.

